

Große Mehrheit für Bürgerantrag

Stadtverordnetenversammlung stimmt für „Gießen 2035Null“ / AfD will Beschluss von Kommunalaufsicht prüfen lassen

Von Stephan Scholz

GIESSEN. Bis 2035 soll die Stadt klimaneutral sein: Mit großer Mehrheit hat die Stadtverordnetenversammlung diesen Bürgerantrag des Vereins „Lebenswertes Gießen“ und seiner Unterstützer am Donnerstagabend beschlossen. „Klimaschutz und Klimaneutralität müssen der Prüfstein in unserer Stadt sein“, sagte Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz in der Debatte. „Wir werden uns in den nächsten Jahren wundern, was wir als Stadt alles leisten können“, sprach sich auch Unionsfraktionsvorsitzender Klaus Peter Möller für den Antrag aus. Deutlicher Widerstand kam vor allem von der AfD. „Wir bezweifeln, dass eine solche einseitige Festlegung mit der Hessischen Gemeindeordnung vereinbar ist. Wir lehnen den Antrag ab und behalten uns vor, den Beschluss von der Kommunalaufsicht prüfen zu lassen“, erklärte Thomas Biemer von der AfD.

Eingebracht wurde der Antrag von Lutz Hiestermann, Vorsitzender des Vereins „Lebenswertes Gießen“. Mit Blick auf den Klimawandel betonte er, dass „wir uns längst nicht mehr im gemächlichen Transformationsmodus, sondern im Krisenbekämpfungsmodus befinden“. Er hoffe, dass die beantragte Klimaneutralität Gießens bis 2035 das große Narrativ im Sinne von Leitbild werden könne. Es sei wichtig, alle Menschen auf diesem Weg mitzunehmen, betonte Hiestermann, der ausführte, dass fast alle evangelischen Pfarrer der Stadt den Antrag mittlerweile unterschrieben hätten. Ausdrücklich bedankte sich der Vereinsvorsitzende bei den Kindern und Jugendlichen, die seit Monaten für den Klimaschutz auf die Straße gingen und von denen einige am Donnerstag als Zuhörer auch an der Sitzung der Stadtverordneten teilnahmen. Zudem betonte der Gießener, dass die Formulierung im Antrag, nach der alle erforderlichen Mittel zur Erreichung der Klimaneutralität bereitzustellen seien, keinesfalls bedeute, dass alle Mittel für den Klimaschutz eingesetzt werden müssten. „Wir sind uns sehr wohl im Klaren darüber, dass



Seit Monaten demonstrieren immer wieder Menschen verschiedener Altersgruppen in der Stadt für den Klimaschutz. Foto: Friesse

eine Stadt auch andere Aufgaben hat“, unterstrich der Vereinsvorsitzende.

Bei dem Antrag und seiner Umsetzung handele es sich keinesfalls um „Schaufensterpolitik“, sondern um die Umsetzung eines Querschnittsthemas in die Praxis von Politik und Verwaltung, betonte Grabe-Bolz. Zu den Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Klimaschutz in der Stadt bereits umgesetzt seien, zählte die Oberbürgermeisterin unter anderem die energetische Sanierung der Wohnbau-Gebäude oder den Energiemix der Stadtwerke. „Wir waren und sind schon tätig und werden auch weiterhin tätig sein. Aber wir wollen dies noch entschiedener, klarer und transparenter sein“, so die Sozialdemokratin. In einem ersten Schritt gelte es, Bilanz zu ziehen. Sie habe deshalb eine Organisationsstruktur in der Verwaltung geschaffen, in der die Fachleute zum Thema zusammenarbeiteten, berichtete die Rathauschefin. Die Konzep-

tion der geforderten Bürgerbeteiligung müsse noch erarbeitet werden, und „klar ist, dass wir das nicht allein schaffen und auf Bund und Land angewiesen sind“. Darüber hinaus gehöre zur Wahrheit, dass das Konsumverhalten des Einzelnen entscheidend zum Klimaschutz beitragen muss. Auch dürfe es nicht zur Polarisierung kommen: „Die Maßnahmen müssen sozial verträglich sein“, resümierte Grabe-Bolz.

Auch der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Christopher Nübel sprach von einem sehr konkreten Ziel des Antrags. Zu den notwendigen Maßnahmen zählte er die Einführung einer Regio-S-Bahn, die vom Magistrat nun verstärkt verfolgt werden müsse. „Der Klimaschutz tritt endlich an die Stelle, an die er gehört, nämlich die erste Stelle“, meinte Klaus-Dieter Grothe, Fraktionsvorsitzender der Grünen. Seine Fraktion freue sich über den Schub des Antrags für den Klimaschutz. Er sei nun

gespannt auf die Diskussion über die Konzepte, die dazu führen sollen, das Ziel zu erreichen. Kritische Töne fand dagegen Heiner Geißler, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler. Er rechne damit, dass es im Zusammenhang mit dem Klimaschutzziel in der Stadt irgendwann doch zu Verboten kommen werde. „Wir werden Steuern und Abgaben gezielt erhöhen müssen“, fürchtete Geißler. Dr. Martin Preiß von der FDP unterstrich, dass das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 weltweit erreicht werden müsse. Hier in der Stadt werde man das nicht schaffen, meinte der Liberale, der den Antrag ebenfalls kritisierte. Thomas Jochimsthal von der Fraktion „Piraten/Bürgerliste“ sprach dagegen davon, dass die Stadt im Sinne von „lokal handeln, global denken“ ein Zeichen setze. Bei der Abstimmung stimmte nur die AfD gegen den Antrag. FDP, Freie Wähler und eine CDU-Stadtverordnete enthielten sich.